

## Handelsblatt

## EURO-BONDS

Verwirrung,  
weiche!

Eine schlechte Idee wird nicht besser dadurch, dass man sie ständig wiederholt. Ein britischer Hedge-Fonds-Manager sagte neulich, mit Euro-Bonds sei es so ähnlich wie mit dem Sozialismus: Beides würde nur im Himmel funktionieren, aber im Himmel bräuchte man es auch nicht mehr. In der Tat: Euro-Bonds, bei denen mehrere Staaten gemeinsam für ihre Schulden haften, würden wunderbar in einer Gemeinschaft funktionieren, die Haushalte und Leistungsbilanzen gut ausbalanciert hat. Aber gerade dann wären sie völlig überflüssig.

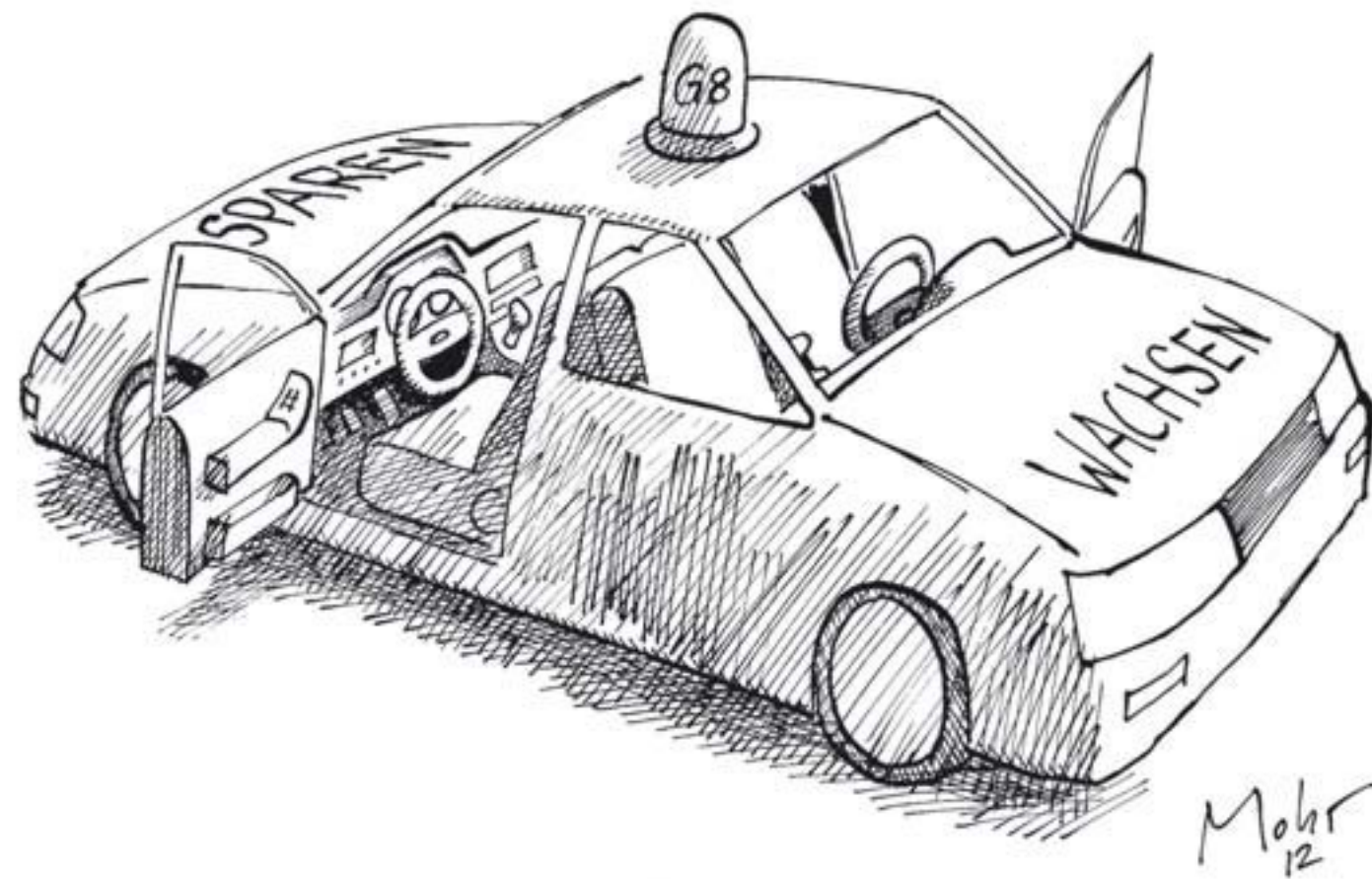
Wenn der neue französische Präsident François Hollande jetzt immer wieder Euro-Bonds fordert, tut er sich damit also keinen Gefallen. Wir sollen für die anderen haften? Nein, sagte der deutsche Steuerzahler - und zu Recht. Aber möglicherweise stiftet Hollande auch nur eine Verwirrung, die sich bald in Wohlgefallen auflösen wird. Denn offenbar versteht er unter Euro-Bonds nicht das Schreckgespenst, das man in Deutschland damit verbindet: eine großflächige gemeinsame Haftung für Staatsschulden. Sondern eher „Projekt-Bonds“, mit denen einzelne große Vorhaben gemeinsam finanziert werden.

Hier könnte in der Tat eine Kompromisslinie mit Bundeskanzlerin Angela Merkel liegen, die ja doch irgendwelche Zugeständnisse machen muss, wenn sie den Zusammenhalt der Euro-Zone nicht sprengen will. Denn Projekt-Bonds könnte Hollande als Einstieg in eine gemeinsame Haftung verkaufen und Merkel als begrenzte Gemeinschaftsprojekte abtun, wie sie zum Beispiel auch die Europäische Investitionsbank finanziert. So hätten beide Seiten das Gesicht gewahrt. Im besten Fall würden die Märkte dies zugleich als Signal einer stärkeren Solidarität verstehen und so die schwächeren Euro-Staaten ein wenig entlasten. Mehr als etwas Entspannung in einem labilen Gleichgewicht können wir uns zurzeit in der Euro-Zone ohnehin nicht erhoffen.

Ein Kompromiss wäre auch denkbar im Bereich der Banken. Aus Italien kommt jetzt der Vorschlag, eine gemeinsame Einlagensicherung für den Euro-Raum zu schaffen. Dagegen dürfte es allerdings harten Widerstand von deutschen Sparern geben und genauso auch von den hiesigen Banken. Ein solches Instrument würde auch nur begrenzte Wirkung haben. Denn es könnte ja nur für den Euro-Raum gelten. Und die Sparer, die heute in Griechenland - und bei einer Zuspitzung der Krise womöglich auch woanders - ihr Geld abziehen, tun das ja gerade, weil sie einen Ausstieg aus dem Euro befürchten. Hilfreicher wäre es wahrscheinlich, dem Europäischen Rettungsfonds die Lizenz zu geben, im Krisenfall Banken auch ohne Umweg über die jeweilige Regierung mit Kapital zu beglücken - um dafür im Gegenzug Aktien zu bekommen.

Frank Wiebe

Der Autor ist Kolumnist.

Sie erreichen ihn unter:  
wiebe@handelsblatt.comVerantwortlicher Redakteur der Meinungsseiten:  
Torsten Riecke, Berlin. Sie erreichen die  
Meinungsredaktion: E-Mail: hb.meinung@vhb.de  
Adresse: Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf

## GRIECHENLAND

## Drachme parallel zum Euro einführen

Bernd Lucke  
(Foto),  
Manfred J.M.  
Neumann

Soll Griechenland ganz raus aus der Euro-Zone oder nicht? Beides ist schlecht. Besser wäre ein gemischtes Konzept, das die Wettbewerbsfähigkeit stärkt und zugleich die Ersparnisse schützt.

Griechenlands Wirtschaft geht die Luft aus. Seit dem Eintritt in die Währungsunion sind die Lohnstückkosten um rund 25 Prozent stärker gestiegen als in Deutschland. Im Export wie im Tourismus hat das Land an Boden verloren. Ohne eine bessere Wettbewerbsfähigkeit gibt es keinen Wiederaufstieg.

Dafür gibt es zwei Lösungsansätze. Entweder drückt man die Lohnkosten und drosselt die Gesamtnachfrage. Das wird seit 2010 verfolgt. Zwar sinken die Löhne, aber das Bruttoinlandsprodukt fällt ebenfalls (bislang um 15 Prozent), und die Griechen radikalieren sich.

Oder man entlässt das Land aus der Euro-Fessel und führt eine Neue Drachme (ND) ein. Die ND würde schlagartig abwerten und damit kurzfristig Griechenlands Produkte und Dienstleistungen international wettbewerbsfähig machen. Gegen diesen Weg sperrt sich die Politik aber noch, weil das den Euro schädigt.

Das Entweder-oder-Denken führt nicht weiter. Wir schlagen vor, beide Ansätze zu kombinieren. Griechenland bleibt im Euro-Verbund und hält am vereinbarten Kurs der Haushaltskonsolidierung fest. Griechenland führt aber im unbaren Zahlungsverkehr die ND als eine gleichberechtigte zweite Landeswährung ein. Die Zentralbank bleibt Teil des Euro-Systems, jedoch ohne Stimmrecht in der Geldpolitik. In welchem Maße sie Aktiv- und Passivgeschäfte in Euro ausführen darf, wird ihr von der Europäischen Zentralbank (EZB) vorgegeben. Beispielsweise könnte eine fortgesetzte Vergabe von Refinanzierungskredit in Euro erlaubt sein, jedoch in geringerem Ausmaß als bisher und nur unter strikter Aufsicht durch die EZB. Dagegen ist die griechische Zentralbank frei, auf eigene Rechnung und zu günstigeren Bedingungen Kredit in ND zu geben.

Die Euro-Bargeldbestände bleiben von der Umstellung unberührt. Das verhindert panische Reaktionen der Bürger. Alle Bargeldzahlungen erfolgen weiterhin in Euro. Steigt die Bargeldnachfrage, muss die griechische Zentralbank Bargeld beim Euro-System erwerben.

Die ND wird zum Kurs von 1:1 zum Euro eingeführt; danach wird der ND/Euro-

Kurs als Marktpreis an den Geldmärkten bestimmt. Da die ND die schwächere Währung ist, bedarf es eines gesetzlichen Annahme- und Verwendungszwangs. Unbare inländische Zahlungen gelten zur Hälfte als in ND-Einheiten vereinbart und sind in ND zu erbringen. Das gilt gleichermaßen für die Bezahlung von Waren, Dienstleistungen, Steuern und Arbeitsleistungen. Der vorgeschriebene Anteil der ND-Verwendung sichert, dass es eine ständige Nachfrage von Unternehmen und Bevölkerung nach ND gibt.

Die Geschäftsbanken beschaffen ND durch Aufnahme von Refinanzierungskredit bei der griechischen Zentralbank. Hält sie ihre Sätze unter denen der EZB, schafft sie zusätzlichen Anreiz, ND-Kredit bei ihr aufzunehmen. Trotz der Umstellung des Zahlungsverkehrs auf anteilige Zahlung in ND verbleibt Griechenland im Euro-Verbund. Dies wird auch durch die Vorschrift unterstützt, dass jeder Preis zur Hälfte in ND gilt, zur anderen Hälfte in Euro. Entsprechendes gilt für die Löhne und Gehälter. Dem Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands zu stärken, käme es natürlich entgegen, wenn die Lohnverhandlungen und Anstellungsverträge vollständig auf die zweite Landeswährung umgestellt werden könnten. Aber das ließe sich politisch kaum durchsetzen. Tatsächlich wird die Umstellung der Löhne zu 50 Prozent schon sehr wirksam sein.

Zur Einführung der ND gehört an und für sich auch eine generelle Teilumstellung der Schulden im Inland. Konkret wären zum Stichtag der ND-Einführung

## WORTE DES TAGES

„Die bisherigen Kapitalwerte von Facebook beruhen auf einem datenschutzwidrigen Vorgehen, das gegen deutsches und europäisches Recht verstößt.“

THILO WEICHERT  
Datenschutzbeauftragter von Schleswig-Holstein

„Ich würde es in der Tat nicht für richtig halten, wenn das Euro-System das gegenüber Griechenland eingegangene Risiko jetzt noch weiter erhöht.“

JENS WEIDMANN  
Bundesbank-Präsident

„Die Energiewende ist eine Herkulesaufgabe. Ob sie gelingt, ist völlig offen.“

GÜNTHER OETTINGER  
EU-Energiekommissar

„Wer Opel gegen die Belegschaft sanieren will, hat schon verloren.“

BERTHOLD HUBER  
IG-Metall-Chef

## TARIFPOLITIK

Arbeitskampf abgewendet,  
Konflikt verschoben

Manche Tarifabschlüsse zeigen erst nach einigen Jahren ihr wahres Gesicht. Das gilt im Guten wie im Schlechten. Diesmal besteht leider die Gefahr, dass sich das Ergebnis der nächtlichen Tüftelei von IG Metall und Arbeitgebern im späteren Praxistest als hässliches Exemplar von Kompromiss erweist - bei dem hinter den offensichtlichen Vertragsinhalt eine zweite Schicht Konfliktstoff zum Vorschein kommt.

Das liegt nicht in erster Linie an der Tarifierhöhung. Die ist mit 4,3 Prozent zwar sehr kräftig ausgefallen. Doch gemessen an der aktuellen Fassung der Schlüsselbranchen der deutschen Exportwirtschaft, fällt das Plus nicht so weit aus dem Rahmen, dass es einen Wendepunkt markiert. Vor Jahresfrist, als die Metaller noch an ihren Krisenpakt von 2010 gebunden waren, gab es in der chemischen Industrie bereits ein Plus von 4,1 Prozent - der Abschluss der IG Metall ist nun das Echo darauf.

Die Tücken lauern an anderer Stelle - dort, wo sich der Kompromiss nicht als Zahl präsentiert, sondern in einem Gestrüpp komplexer Konditionen verliert. Richtig ist: Die IG Metall hat, anders als ihre Kampagnen nahelegen, den Betrieben keine starre Pflicht zur unbefristeten Übernahme aller Lehrlinge auferlegt. Und ebenso wenig hat sie Betriebsräten ein Blockrecht gegen jeglichen Einsatz von Zeitarbeitern verschafft. Aber sie hat im Tarifvertrag einen Katalog neuer Verhandlungsprozeduren installiert, die den Betriebsräten neue Machthebel an die Hand geben.

Dietrich  
Creutzburg

IG Metall und Arbeitgeber kippen Teile ihres Streits den Betrieben vor die Füße. Das ist alles andere als vorbildliche Tarifpolitik.

Welche Tragweite so etwas haben kann, führte - unter umgekehrten Vorzeichen - einst das „Pforzheimer Abkommen“ über betriebliche Abweichungen vom Flächentarif vor. Dieser 2004 nach langem Streit errungene Flexibilisierungspakt wirkte zunächst wie ein Papiertiger, weil er formal alle Macht bei den Tarifparteien beließ. In der Praxis aber stellte der Papiertiger bald das ganze Gefüge auf den Kopf. Die Betriebsräte rissen das Verfahren an sich, „Pforzheimer“ wurde der Wendepunkt hin zu einer flexibleren Flächentarifpolitik.

Nun steht zu befürchten, dass die Metall-Tarifparteien einen neuen Wendepunkt markiert haben - diesmal weg von der Flexibilisierung, mit der die Industrie so erfolgreich wurde, dass sie zurzeit 4,3 Prozent Lohnerhöhung schultern kann. Es geht

nicht mehr darum, den Betriebsräten neue Mitspracherechte als Ersatz für vormals zwingende tarifliche Vorschriften zu geben. Die neue Methode funktioniert so: Die IG Metall tischt den Arbeitgebern Forderungen nach neuen, starren Vorschriften auf. Und dann wendet man den Arbeitskampf ab, indem man quasi die noch nicht vorhandenen Vorschriften durch einen Regelungsauftrag an die Betriebsräte ersetzt.

Hoffnungsfrohe Gemüter mögen sagen: Alles halb so schlimm - im Ernstfall würden sich die meisten Betriebsräte schon pragmatisch verhalten und bei den großen Industriekonzerne gebe es ja ohnehin schon eine intensive Mitbestimmungskultur. Wer so denkt, läuft aber Gefahr, die andere Seite zu übersehen: Der Metalltarif gilt nicht nur für Industriekonzerne, sondern auch für Tausende Mittelständler. Zugleich sind nicht alle Betriebsräte unter allen Umständen pragmatisch. Die neuen Mitspracherechte bei Ausbildung und Zeitarbeit geben ihnen zwei zusätzliche Hebel in die Hand, die sie zur Durchsetzung beliebiger anderer Interessen gegenüber dem Management instrumentalisieren können.

Was sich damit in der Betriebspraxis tatsächlich verändert, kann man aus dem Vertragstext allein noch nicht genau ersehen. Sicher ist: Eine Tarifpolitik, die beliebige Gewerkschaftsforderungen mit einer Problemverlagerung auf die Betriebsebene beantwortet, kann kein Zukunftsmodell sein.

Der Autor ist Korrespondent in Berlin.  
Sie erreichen ihn unter:  
creutzburg@handelsblatt.com

## NATO

## Pfeifen im Walde

Die Abschlusserklärung des Nato-Gipfels in Chicago wird triumphal ausfallen. Die 28 Mitglieder des westlichen Militärbündnisses werden sich dafür beglückwünschen, im Krieg gegen Libyens Diktator Muammar Gaddafi im Vorjahr ihre Relevanz bewiesen zu haben. Und sie werden sich gut gerüstet nennen für zukünftige Herausforderungen.

Nur: Die Wahrheit sieht anders aus, ganz anders. Denn 63 Jahre nach ihrer Gründung knirscht es in der Nato an allen Ecken und Enden. Der Verdruss ist so groß, dass manche Analysten bereits den weiteren Nutzen des Bündnisses hinterfragen. Vordergründig geht es dabei ums Geld, im Kern aber um das kollektive Selbstverständnis einer Allianz, die inzwischen von Washington bis Albanien reicht.

Wie kläglich die militärischen Fähigkeiten mancher Bündnismitglieder sind, hatte die Operation in Libyen gezeigt. Zwar flohen Europäer die meisten Kampfeinsätze gegen Gaddafis Truppen. Doch schon nach Wochen ging ihnen die Munition aus. Mehr noch: Aus einem im April bekannt gewordenen vertraulichen Nato-Papier wird deutlich, wie umfassend die europäischen Verbündeten auf die Informationen der amerikanischen Dienste angewiesen waren.

Seit über 20 Jahren, seit dem Ende des Kalten Krieges, haben die europäischen Bündnispartner ihre Militärausgaben gekürzt oder wenigstens nicht erhöht. Ihr Anteil an den gemeinsamen Kosten ist so von

Markus  
Ziener

Das Militärbündnis übertönt mit starken Worten sein wirkliches Problem: den Mangel an Solidarität.

einem Drittel auf ein Fünftel gesunken. Der frühere US-Verteidigungsminister Bob Gates hatte im Juni 2011 in einer Rede in Brüssel mit schneidender Klarheit prophezeit, was geschieht, wenn dieser Trend nicht umgedreht wird: Der Nato drohe der Absturz in die „militärische Irrelevanz“.

Da kaum etwas vorankommt, hat man für den Gipfel in Chicago eine Formel gefunden, die die Probleme verschleiern soll: „smart defense“. Gemeint ist damit jedoch nur, angesichts knapper Kassen Investitionen in neue militärische Fähigkeiten zu „poolen“: An die Stelle von Entwicklungen auf nationaler Ebene sollen Kooperationen treten. Ein Projekt dafür gibt es zwar, da 13 Nato-Mitglieder gemeinsam ein Drohnen-gestütztes Überwachungssystem aufbauen wollen - was in Libyen schmerzlich ver-

misst wurde. Doch ob sich die Nato-Mitglieder ausgerechnet auf dem sensiblen Gebiet der Sicherheit gegenseitig in die Karten schauen lassen, ist höchst ungewiss.

Dass derzeit die Euro-Krise den Europäern die Lust am Geldausgeben verdirbt, ist nachvollziehbar. Doch zugleich sinkt stetig der Wert der Bündnissolidarität. Deutlich abzulesen ist das beim geplanten Abzug aus Afghanistan im Jahr 2014. Die Franzosen wollen ihre 3 400 Soldaten bereits Ende dieses Jahres nach Hause zu holen. Außerdem drängen die Koalitionsländer auf Abzugsvereinbarungen mit den an Afghanistan grenzenden Transitländern - und tun dies zur Not auch im Alleingang.

Die Deutschen, die für die Sicherheit des Nordens verantwortlich sind, durch den der Abzug hauptsächlich erfolgen wird, könnten dann jene sein, die bis zum Schluss bleiben und buchstäblich „das Licht ausmachen“ müssen. Das Mantra der Bundesregierung vom „zusammen rein und zusammen raus“ ist daher schon jetzt nicht viel mehr als ein Pfeifen im Walde.

Ausgehen müssten deshalb von Chicago ein Signal des Aufbruchs und ein Bekenntnis zur Verpflichtung auf die Ziele der Nato, die wahrlich nicht nur im Militärischen liegen. Stattdessen aber wird man bemüht sein, das lästige Treffen schnell hinter sich zu bringen.

Der Autor ist Korrespondent in Washington.  
Sie erreichen ihn unter:  
ziener@handelsblatt.com